

intro

Die Grüne Liste bietet einen Newsletter rund um die Erlanger Kommunalpolitik an.

Dieser Informationsdienst aus dem Rathaus kann per e-mail, Fax und natürlich auch auf Papier per Post kostenlos abonniert werden.

Erscheinungsdatum dieser Ausgabe: 12.07.2005



Newsletter der Grünen Liste

Rathausplatz 1 91052 Erlangen
t. 09131-862781 f. 09131-208255
gruene-liste@erlangen.de

www.gl-erlangen.de



Ausgabe Juli 2005

Zoff ums Easthouse

Mit großer Verwunderung nahm Stadträtin Sirin Tektas im Jugendhilfeausschuss Pläne des Jugendamtes zur Kenntnis: Das Gebäude am Ende der Schenkstraße, in dem sich das Haus der Begegnung und der Jugendclub Easthouse befinden, soll in einigen Jahren abgerissen werden.

Seitens der Stadt ist ein neues und großes Jugendhaus geplant, in dem alle Einrichtungen und Gruppen eine neue Bleibe erhalten sollen. Das jetzige (kürzlich neu sanierte) Gebäude soll dann abgerissen werden. Sirin Tektas und Helmut Wening, der den Erhalt des Gebäudes erst durch sein persönliches Engagement ermöglicht hatte, lehnen die Planung in dieser Form ab. Auch für andere Mitglieder des Jugendhilfeausschusses war dieses Vorhaben nicht nachvollziehbar. „Die Behauptung, dass sich für den Erhalt kein Träger gefunden hätte, ist schlicht und ergreifend falsch“, so Wening. Bei der von ihm initiierten und betreuten ersten Sanierung wurden neben den kostenlosen Leistungen der Sponsoren fast 30.000,- Euro investiert und in die zweite, erheblich aufwändigere Sanierung steckten Sponsoren Arbeiten im Wert von 300.000,- Euro.

„Wenn nun nach gerade mal fünf, bzw. zehn Jahren, die mit beispielhaftem Engagement durch Sponsoren geleistete Arbeit nichts mehr wert ist und einfach abgerissen wird, dann wird es in Zukunft viel schwieriger werden, materielle Unterstützung für stadtteilbezogene Jugendarbeit zu finden“, merken die GL-StadträtInnen an. „Von Stärkung des Ehrenamtes und familienfreundlicher Politik ist wieder einmal nichts zu erkennen“.

Friedwald auch in Erlangen

Die Fraktion der Grüne Liste arbeitet zur Zeit an einem häufig tabuisierten Thema: Was passiert mit mir, wenn ich gestorben bin.

Nach Meinung der grünen StadträtInnen gäbe es eine, im Stadtrat bislang noch nicht diskutierte Möglichkeit, die Situation der Erlanger Friedhöfe etwas zu verbessern. Im Erlanger Stadtwald (Meilwald) könnte in städtischer oder privater Trägerschaft der erste Friedwald in Mittelfranken entstehen. Im Unterschied zu herkömmlichen Friedhöfen ist der Friedwald nahezu nicht als Begräbnisplatz erkennbar, er bleibt öffentlicher (Natur)raum. In der Schweiz gibt es bereits 52 Friedwälder, in Deutschland bisher neun.

Menschen, die sich für diese Art der Bestattung entscheiden, suchen in der Regel ihren Baum selbst aus. Mit dem Verantwortlichen wird der Wald begangen und der Baum in ein Baumregister eingetragen. Wenn es dann so weit ist, können die Angehörigen die Asche in der gewünschten Form im Wurzelbereich des Baumes eingraben und eine kirchliche oder weltliche Bestattungsfeier abhalten. Es entsteht ein geschützter Wald des Andenkens an die Verstorbenen. Ein Stück Natur, das die Erinnerung vielleicht ein Baumleben lang aufrecht erhält. Für viele andere trägt diese Idee zur Erhaltung ihres Lebensraumes bei.

Informationen auch unter

www.friedwald.de



Herbst in einem Friedwald

Stadtverträgliche Arcaden Neue Unterschriftensammlung für den Bürgerentscheid

Wahrscheinlich parallel zur Bundestagswahl im September wird zum Thema Einzelhandelszentrum „Arcaden“ das zweite Mal in Erlangen abgestimmt werden.

Für ein Bürgerbegehren, welches das Ausmaß des Arcaden-Projekts begrenzen soll, werden gerade zum zweiten Mal Unterschriften gesammelt. Die erforderlichen Unterschriften wurden bereits vor vier Monaten eingereicht. Daraufhin beschloss Ende April der Stadtrat mit den Stimmen von CSU und FDP/FWG allerdings, diesen Bürgerentscheid nicht zuzulassen.

Letzter Anstoß, dieses Bürgerbegehren auf den Weg zu bringen, seien die negativen Auswirkungen, welche die „Arcaden“ bereits heute auf die Entwicklung der Innenstadt hätten, erläutert Heiner Grillenberger, Vertreter der Initiative und GL-Stadtrat. Durch die Unsicherheit, welche Auswirkungen diese Großimmobilie haben wird, seien Investitionsabsichten des Einzelhandels in der Innenstadt gelähmt. Leerstand von Geschäften sei die sichtbarste Folge davon. Niemand wisse, ob und wo ein neuer Laden erfolgreich sein werde - auch weil noch unklar ist, welche Branchen sich in den „Arcaden“ einmieten werden. Bisher kann

die Bauträgerin "mfi" nicht einmal die beiden vorgesehenen Großmieter vorweisen.

„Wirklich ausschlaggebend aber ist die Entscheidung des Stadtrats“, ergänzt Grillenberger, „selbst in der südlichen Innenstadt eine größere Geschäftsplanung gar nicht erst zuzulassen, weil soviel Geschäftsfläche zusätzlich zu den Arcaden dann jedes Maß überschreiten würde. Dazu muss man wissen, dass diese Planung deutlich kleiner ausfällt, als die Arcaden. Dabei handelt es sich bei dem anderen Projekt um eine Erweiterung von vorhandenen Betrieben (Neuer Markt und Kaufhof), aber bei den Arcaden um eine Immobilieninvestition, die bis jetzt nur eine leere Hülle ist. De facto hält der Stadtrat hier einem Investor die Konkurrenz vom Leib“.

An diese Situation knüpft die Fragestellung des Bürgerbegehrens an. Interessierte ErlangerInnen werden über die Frage abstimmen können, ob die Arcaden auf höchstens 60 000qm Nutzfläche beschränkt bleiben sollen und auf höchstens 2 oberirdische Geschosse - jedenfalls, wenn das komplette Grundstück bebaut wird. Außerdem sollen darin höchstens 15. 000qm Gesamtflächen für Verkauf geschaffen werden. Das ist auch nicht wenig, aber deutlich weniger als die jetzt vorliegende Planung.

Beispielsweise in England existiert pro BürgerIn durchschnittlich 1qm Verkaufsfläche. In Deutschland sind es 1,3 qm. Nürnberg hat 1,6 qm pro EinwohnerIn und Erlangen bereits 2 qm. Mit den Arcaden in der jetzigen Planung käme Erlangen auf 2,2 qm. Handelsimmobilien sind also keine Mangelware in unserer Stadt. „Notwendig ist aber durchaus die Weiterentwicklung vorhandener Betriebe. Ungezielt große Flächen daneben zu setzen ist nicht hilfreich“ meint Rotraut Baumbauer, die sich auch für ein Bürgerbegehren ausspricht. „Es gibt auch noch andere städtebauliche Gründe“ so Baumbauer weiter, „gegen die vorliegende Planung zu sein. Eine 300m lange, praktisch fensterlose Wand nach Westen, bis zu 18m hoch, ist eine nicht sehr einladende Eingangspforte zur Innenstadt.“

Weitere Infos:
www.stadtvertraegliche-arcaden.de



Termine der Grünen Liste:

Jeden Montag, 19.30 Uhr:
Öffentliche Fraktionssitzung im
Rathaus, 1. Stock, Zi. 124

Newsletter der Grünen Liste

www.gl-erlangen.de

Seite 3

Ausgabe Juli 2005

Rand- bemerkung

Mit dem Hinweis auf die angespannte finanzielle Lage der Stadt stimmte die Grüne Liste gegen eine „Gehaltsanpassung“ für städtische Referenten.

Keine Chance fürs Semesterticket

Im Großraum Nürnberg/Erlangen wird es kein Semesterticket geben. Entsprechende Bemühungen zur Einführung eines Semestertickets für Studierende sind nun endgültig gescheitert, wie der Sprecher der studentischen Initiative SeTi@Hochschule, Stefan Haubold bekannt gab.

Diese Semesterticket-Initiative hatte sich zum Ziel gesetzt, dass alle Studierenden im Verkehrsverbund einen Studentenausweis erhalten würden, mit dem sie im gesamten Verbundgebiet Busse und Bahnen nutzen könnten. Gelten sollte dieses Angebot für die Friedrich-Alexander-Universität, die Georg-Simon-Ohm-Fachhochschule, die Akademie der Bildenden Künste, die Evangelische Fachhochschule und für die Musikhochschule.

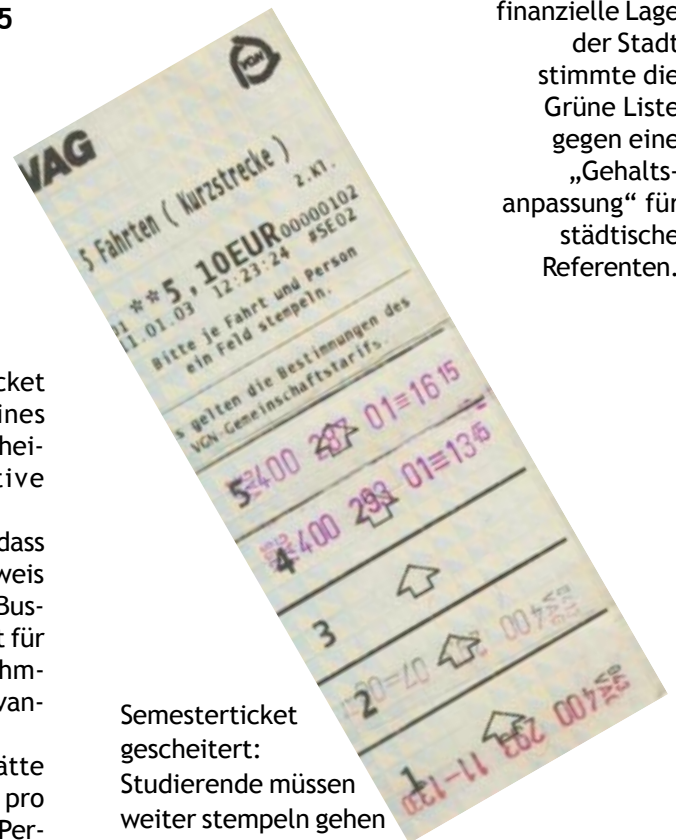
Nach dem letzten Angebot des Verkehrsverbundes VGN hätte dies zu einer Erhöhung der Einschreibegebühr um 93 Euro pro Semester geführt. Dafür wäre die Nutzung des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs sechs Monate lang rund um die Uhr unentgeltlich gewesen.

Die Studierendeninitiative hatte sich seit Jahren für dieses Modell eingesetzt und in einer Befragung der Studierenden eine deutliche Mehrheit für die Einführung eines Semestertickets festgestellt.

Das Bayerische Hochschulgesetz sieht die Zuständigkeit für die Einführung eines Semestertickets aber beim Studentenwerk und dieses verweigert mit dem Hinweis auf juristische Bedenken und angebliche mangelnde Akzeptanz bei den Studierenden seit Jahren die Einführung.

Der Versuch der Studierendeninitiative, auf dem Verhandlungsweg eine Lösung zu finden, schlug nun endgültig fehl. Die Ministerialbürokratie des Bayerischen Wissenschaftsministeriums wollte trotz Unterstützungsbekundungen des Wissenschaftsministers Dr. Goppel an einer konstruktiven Lösung nicht mitarbeiten. Der Oberbürgermeister der Stadt Erlangen, Dr. Balleis, zog seine zunächst viel versprechenden Ankündigungen einer finanziellen Unterstützung nach Rücksprache mit der Stadtkämmerei nun zurück.

Daraufhin stellte die Studierendeninitiative auf ihrer Sitzung am 19.05. das Scheitern des Projektes fest und beschloss sich aufzulösen. An der Notwendigkeit eines Semestertickets für den Großraum Nürnberg/Erlangen hat sich indes nichts geändert. Studierende müssen weiterhin für ihre Fahrkarten mehrere hundert Euro pro Semester zahlen. Die Situation auf dem studentischen Wohnungsmarkt ist weiter angespannt. Und schließlich hat das Thema innerstädtische Verkehrsbelastung durch die Feinstaubdiskussion an Brisanz gewonnen.



Semesterticket
gescheitert:
Studierende müssen
weiter stempeln gehen

Volksbegehren Mobilfunk Eintragsfrist läuft

Vom 5. bis 18. Juli läuft in allen bayerischen Gemeinden das Volksbegehren „Für Gesundheitsvorsorge beim Mobilfunk“, das auch von der Grünen Liste unterstützt wird. „Die Aktion richtet sich nicht grundsätzlich gegen Handys. Ziel ist vielmehr, die Strahlenbelastung deutlich zu reduzieren“, betonen die InitiatorInnen des Begehrens. Bislang können die Mobilfunkbetreiber ihre Sendemasten bis zu einer Höhe von 10 Metern genehmigungsfrei aufstellen. Das Volksbegehren sieht vor, dass alle neu errichteten Mobilfunkendeanlagen eine Baugenehmigung brauchen. Zuviel sollte man sich davon aber nicht erwarten: Auch bei Einführung des Gesetzes kann nicht jede Sendeanlage verhindert werden.

Das Volksbegehren ist nur erfolgreich, wenn sich während dieser zwei Wochen in ganz Bayern zehn Prozent der Wahlberechtigten in die Listen eintragen, die in Erlangen nur im Rathaus ausliegen.

Weitere Informationen unter
www.gesundheitsvorsorge-mobilfunk.de

Herausgeberin:
Grüne Liste Stadtratsfraktion
Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
t. 09131-862781
f. 09131-208255
gruene-liste@erlangen.de
http://www.gl-erlangen.de

Newsletter der Grünen Liste

www.gl-erlangen.de

Seite 4

Ausgabe Juli 2005



Claudia Bittner

GL-Stadtrat informiert sich über die Situation der Seniorenwohnheime

Mit einer Führung und einem ausgiebigen Gespräch im Seniorenzentrum Sophienstraße informierte sich unser Stadtrat Helmut Wening über die Probleme im Pflegebereich. Der Heimleiter Peter Reil und seine Stellvertreterin Frau Birgitt Weiß schilderten einer Gruppe Jugendlicher, die mit dem Politiker die Einrichtung besuchten, die alltäglichen Schwierigkeiten. Neben Mitteln für notwendige baulichen Veränderungen fehlen Betreuungskräfte. Außer der Betreuung durch das vorhandene Personal, das mit der Pflege ausreichend beschäftigt ist, braucht es mehr persönliche Zuwendung und Engagement, um auch kleine Bedürfnisse der BewohnerInnen zu erfüllen.

So ist der sehnlichste Wunsch einer Erlangerin, die stark gehbehindert ist, einfach mal wieder in ihre Stadt zu gehen. Eine Spazierfahrt mit dem Rollstuhl an vertraute Plätze, den Markt, die Hauptstraße und den Schloßgarten. Für diesen mehrstündigen Ausflug steht kein Personal zur Verfügung. Wenn keine Angehörigen vorhanden sind, dann sind selbst solche einfache Wünsche nicht zu erfüllen. Kleine Geschichten, die den Jugendlichen und dem Stadtrat die Realität des Altwerdens ziemlich ungeschminkt vor Augen führten.

Im Anschluss wurde über die Zukunft und die Veränderungsmöglichkeiten gesprochen. Während in vielen anderen Bereichen, wie bei der Behindertenarbeit und bei psychisch Kranken, verstärkt Wohngruppen gebildet werden, um selbstbestimmtes Leben zu fördern, sind solche Modelle im Seniorenbereich bisher lediglich als private Initiativen in wenigen Städten entstanden. Eine derartige Gruppe im Röthelheimpark scheiterte an den Preisvorstellungen der Stadt. Die Grüne Liste hat solche Ideen stets unterstützt.

Kleine Hilfen sollen aber schon jetzt unbürokratisch in Angriff genommen werden. So wird sich die Fraktion um Fahrkarten für die Busse bemühen, damit die Begleitpersonen der Seniorinnen die Fahrtkosten nicht aus der eigenen Tasche zahlen müssen. Ein oder zwei „Rollstuhlräder“ sollen angeschafft werden, um die Strecken schneller und ermüdungsärmer hinter sich zu bringen.

Auf Antrag der Grünen Liste wird derzeit auch an einer Versetzung der Bushaltestelle Anton-Bruckner-Straße gearbeitet. Wenn die Haltestelle nur etwa 100 Meter nach Norden versetzt wird, fällt ein großer Teil des beschwerlichen Weges für die BewohnerInnen des Pflegeheimes und ihrer Angehörigen weg.

Geld- und Zeitspenden für die genannten Projekte werden vom Seniorenzentrum Sophienstraße dankbar entgegengenommen (tel.: 09131/3085)

Wechsel im Stadtrat

Claudia Bittner, bisherige Fraktionsvorsitzende und finanzpolitische Sprecherin der Grünen Liste, musste aus gesundheitlichen Gründen den Stadtrat Anfang Juli verlassen.

Ihr Nachfolger, Harald Bußmann, war bereits von 1998 bis 2000 für die Grüne Liste im Stadtrat. Der Auszubildende zum Fachinformatiker ist auch außerhalb seiner Stadtratstätigkeit aktiv: Er ist Jugendbetreuer bei AWO Jugendreisen, arbeitet mit beim Altstadtforum und der Businitiative und ist Mitglied beim Verkehrsclub Deutschland (VCD), Jugendclub Omega und Mehr Demokratie e.V..

Harald Bußmann wird größtenteils die Aufgabenbereiche von Claudia Bittner übernehmen. Er wird die Grüne Liste im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und im Rechnungsprüfungsausschuss vertreten.

Neue Fraktionsvorsitzende ist Renate Aigner.



Harald Bußmann Renate Aigner